



Niederschrift

9. Plenarsitzung des Gemeinderates
29. April 2025, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 6 der Tagesordnung: Integriertes Stadtentwicklungskonzept Karlsruhe 2040 - Ergebnisse der Bürgerumfrage 2024

Vorlage: 2025/0234

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt die Ergebnisse der Bürgerumfrage 2024 zum Thema „Lebensqualität und Zukunftsfragen“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die gewonnenen Erkenntnisse in den weiteren Prozess zur Erstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts 2040 (ISEK 2040) einfließen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitliche Zustimmung (39 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 6 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 8. April 2025.

Stadträtin Dr. Heynen (GRÜNE): Vielen Dank zunächst einmal für die Vorlage und den anschaulichen Ergebnisbericht der Bürger- und Bürgerinnenumfrage zu Lebensqualität und Zukunftsfragen. Wir begrüßen sehr, dass die Erkenntnisse in das ISEK einfließen, insbesondere weil diese Bürgerumfrage aus unserer Sicht wichtige Punkte zeigt. Also zum einen wird deutlich, es geht, ich sage einmal Allmende-Klemme, es geht um Zielkonflikte, wie wir den öffentlichen Raum aufteilen bei den Bereichen Wohnen, Klimaschutz, Verkehr, Innenstadtentwicklung. Es zeigt aber auch sehr deutlich, dass die Bevölkerung mehrheitlich die Zukunftsaufgaben ziemlich deutlich sieht, nämlich was die Folgen des Klimawandels betrifft, was die Integration betrifft und was die Innenstadtentwicklung betrifft. Und überall, wenn man den Bericht querliest, erkennt man, wie wichtig die soziale Teilhabe ist, wie wichtig es ist, gemeinsame Räume zu schaffen und den öffentlichen Raum genau dafür zu gestalten, also um dem Klimawandel begegnen, die Folgen zu mildern und eine hohe Attraktivität in der Innenstadt. Das finde ich nämlich sehr interessant. Wenn man den Teil des Berichts anguckt, dann geht es nämlich da auch um begrünen, entsiegeln, verschatten und um Begegnungsmöglichkeiten in der Stadt. Das ist das, was die befragten Bürger und Bürgerinnen erkennen als Zukunftsaufgaben. Und ich freue mich sehr oder wir freuen uns sehr, dass das dann auch in das Gesamtkonzept eingehen wird. Vielen Dank.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Ich kann der Kollegin in vielen Punkten nur recht geben. Es ist ein interessanter Prozess jetzt hier eingeleitet. Die Befragung der Bürgerinnen und Bürger ist ein wichtiges Element, das in das integrierte Stadtentwicklungskonzept eingearbeitet werden muss. Die Verwaltung hat jetzt eine große Verantwortung und Aufgabe, das so aufzubereiten, dass wir nachher in einer Entscheidung wirklich zu guten Ergebnissen kommen. Die sind nämlich sicher nicht einfach. Wenn man einmal die Vorgaben dieser Umfrage der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, dann sagen die Wohnraum, Wohnraum, Wohnraum. Aber sie sagen nicht: „Wir wollen nicht Nachverdichtung. Wir wollen keine Außenentwicklung. Wir wollen nur Überbauung.“ Das heißt, wir sind, und das müssen wir uns in dem Kreise auch einmal eingestehen, extrem eingengt, was wir machen können, wenn wir das machen, was die die Befragten uns aufgeben. Wir müssen dann einmal jetzt auch mutige Schritte machen und zugestehen, dass wir diesen sogenannten bezahlbaren Wohnraum, für den wir alle fünf Jahre uns in den Programme stark machen, dass wir den jetzt einmal auch ernst nehmen. Und den kann man nur mit verschiedenen Maßnahmen lösen. Das will ich nur am Rande einmal sagen, weil das in dem Prozess sicher eine Rolle spielen wird. Auch Digitalisierung ist nicht nur ein Thema, wie man günstig und einfach einen Personalausweis beantragen kann, sondern Digitalisierung muss durch die Verwaltung gehen, muss Prozesse insgesamt verändern, damit wir uns mit den vorhandenen Personalressourcen auch einen Apparat leisten können, den wir brauchen. Also dieses Mal steht I-SEK unter einem ganz anderen Vorzeichen, wie ich meine. Wir müssen erkennen, dass wir kein Wünsch-dir-was mehr durchführen können, sondern wir müssen priorisieren. Diesmal muss man sich einschränken und nicht die großen Pläne, die möglicherweise die Umfrage vorgeben könnte, einfach umzusetzen, umsetzen zu wollen. Also in diesem Sinne bin ich sehr gespannt und sehr hoffnungsvoll, dass wir einen sehr guten Prozess für unsere Stadt einleiten.

Stadtrat Tröndle (SPD): Heute haben wir es ja so mit den sperrigen Begriffen. Es kommt wieder einer, aber der birgt eine ungeheure Wirkkraft für die weitere Entwicklung unserer Stadt. Die uns vorgelegten Ergebnisse einer Bürgerumfrage zum Thema Lebensqualität und Zukunftsfragen bildeten wesentliches Element zur Erstellung des integrierten Stadtentwicklungskonzepts Karlsruhe 2040. Wir als SPD-Fraktion haben uns gerne in voller Überzeugung auf das Vorhaben eingelassen und nehmen ebenso gerne die vom Amt für Stadtentwicklung evaluierten Ergebnisse der Bürgerumfrage zur Kenntnis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ergebnisse der repräsentativen Umfrage überraschen uns nicht. Sie bestätigen uns vielmehr in der Priorisierung unserer kommunalpolitischen Arbeit und sind für uns zugleich Ansporn, die von den Bürgerinnen und Bürgern aufgezeigten Themen klar und konsequent weiter zu verfolgen. Natürlich freut es uns, dass mehr als 90 Prozent der Befragten mit ihrem Wohnumfeld in unserer grünen, vielfältigen, kulturträchtigen und lebenswerten Stadt sehr zufrieden oder zufrieden sind, wenn da nur das Wohnen selbst nicht wäre. Da brennt es an vielen Stellen lichterloh. Wohnraum ist knapp und teuer. Eigentlich sollte keine Mietpartei mehr als 30 Prozent des Einkommens für Miete ausgeben. Für viele liegt die Marke aber inzwischen bei 40 bis 50 Prozent, manchmal noch darüber. Ich kenne selbst in meinem Umfeld zahlreiche Menschen, denen die Miete die Haare vom Kopf frisst. Das sind allerdings nicht diejenigen, die dafür noch schwächere Bevölkerungsgruppen verantwortlich machen. Ich meine, diese kleine Randbemerkung sei hier gestattet. Kurzum, die Versorgung der Bevölkerung mit angemessenem bezahlbarem Wohnraum sehen die Bürgerinnen und Bürger laut Umfrage als die größte Herausforderung. Natürlich nehmen wir die Anregungen, der Kollege Pfannkuch hat es schon gesagt,

ernst, auch die kritischen Haltungen. Aber wir müssen uns, was die größerflächige Schaffung von Wohnraum betrifft, auch an die eigene Nase fassen. Wir kommen mit unseren Bebauungsplänen nur im Schnecken tempo voran. Als Durlacher will ich dafür exemplarisch nur den Oberen Säuterich oder das Projekt „Unten am Grötzing er Weg“ nennen. Letzteres haben wir nachher noch auf der Tagesordnung. Als zweites Megathema treibt die Bürgerinnen und Bürger der Klimawandel um. Eine Mehrheit befürwortet Maßnahmen, um dessen Folgen in der Fächerstadt abzumildern. Dass sich beim Thema Mobilität die Geister scheiden, ist ebenfalls keine neue Erkenntnis. Das erleben wir des Öfteren ja auch hier im Haus. Ich selbst habe schon seit Jahren kein Auto mehr. Mich befremdet aber immer wieder die emotional geführte Diskussion um den vermeintlich richtigen Weg. Die emotional aufgeladene Debatte, die hilft wenig, aber äußerst hilfreich dagegen sind die Ergebnisse der Umfrage. Dafür will ich abschließend im Namen der SPD-Fraktion dem Amt für Stadtentwicklung recht herzlich danken.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich muss jetzt doch etwas sagen zu den Mietpreisen, gerade weil die SPD ja bei den Erhöhungen der Grundsteuer jedes Mal mitgestimmt hat, und damit haben sie jedes Mal auch die Miete erhöht. Das müssen sie sich schon einmal gefallen lassen, diesen Vorwurf. Sie reden immer davon, dass die Mieten niedriger werden sollen. Aber wenn sie direkt Einfluss nehmen können, dann stimmen sie für die indirekte Mieterhöhung über die Grundsteuer. Unser Hauptproblem liegt aber bei der Mobilität. Das, was hier über die Mobilität steht, können wir so nicht mittragen. Wir sollen ja am Ende auch nicht nur das Ganze zur Kenntnis nehmen, sondern auch einverstanden sein, dass es in den Entwicklungsprozess einfließt. Hier steht, dass die Mehrheit beziehungsweise zu gleichen Teilen jeweils eine schwerpunktmäßige Nutzung des motorisierten Individualverkehrs, Auto Motorrad sowie Fahrrad, Pedelec, geprägt ist. Das heißt, in der Stadt benutzen etwa 1/3 Auto und Motorrad, so kann man das lesen, und dass deswegen die Hälfte der Bevölkerung für Geschwindigkeitsreduzierung für den Autoverkehr ist. Vorrangschaltung an Ampelanlagen für Bahnen, Busse und Radfahrende sowie zu Fuß Gehende oder den Rückbau von Fahrspuren für den Autoverkehr, also die Hälfte der Bevölkerung. Das heißt für uns, es reicht mit Rückbau von Fahrspuren, es reicht auch mit Vorrangschaltungen. Das, was wir bisher haben, reicht definitiv aus. Und als Begründung dafür möchte ich einmal anführen, was wir im Hauptausschuss am 8. April besprochen haben. Da wurden nämlich nicht nur die Karlsruher Bürger befragt, sondern einfach die Leute, die sich in der Stadtmitte aufgehalten haben. Dabei kam heraus, dass von den Auswärtigen die Hälfte mit Pkw oder Motorrad da waren, also von den Karlsruhern waren es 20 Prozent. Wenn wir uns nur nach den Interessen der Bürger richten aus Bürgerumfragen und die Stadt dementsprechend immer mehr in Richtung autofrei umbauen, dann nehmen wir der Hälfte der Leute, die aus dem Umfeld zu uns kommen, die Möglichkeit, bei uns in Karlsruhe sich aufzuhalten, hier einkaufen zu gehen, hier Restaurants und so weiter zu besuchen. Und dementsprechend ist diese Schlussfolgerung, dass noch mehr Fahrspuren für Fahrradfahrer reserviert werden, also praktisch dem Auto weg entzogen werden sollen, aus unserer Sicht völlig übertrieben. Und an der Stelle sind wir nicht der Meinung, dass diese Maßnahmen durchgeführt werden dürfen. Festzuhalten ist auch, dass hier die Mehrheit der Bürger gesagt hat, dass sie keine Erhöhung der Parkgebühren und auch keine Einführung von Parkgebühren haben wollen an den Stellen, wo es keine gibt. Das akzeptieren wir natürlich, vielen Dank.

Stadtrat Haug (KAL): Mit den Ergebnissen der Bürgerumfrage liegen jetzt uns umfangreiche Ergebnisse vor, die mit in die Erstellung des Stadtentwicklungskonzeptes einfließen können. Manche der Ergebnisse sind offenkundig und erwartbar, andere wiederum sehen

wir kritisch. Zunächst freut es uns, dass die Lebensqualität von den Bürgerinnen und Bürgern positiv gesehen wird. Wichtig ist dabei wohl offensichtlich alles, was das Leben in einer Stadt, in unserer Stadt angenehm und lebenswert macht. Dabei geht es zum einen um Erholung und Entspannung mit Blick auf die Grünflächen und zum anderen um die Gestaltung der Freizeit und das Zusammenkommen mit anderen Menschen bei Festen und kulturellen Veranstaltungen. Das sind Erkenntnisse, die wir auch in den schwierigen Beratungen zum nächsten Doppelhaushalt im Blick behalten müssen. Für meine Fraktion bedeutet das wenig überraschend, Kultur ist ein harter Standortfaktor. Hier dürfen wir kein Porzellan zerschlagen.

Die größte Herausforderung aber ist die ausreichende Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum. Dabei wird von der Bevölkerung die Nachverdichtung kritisch gesehen. Diese Sicht teilen wir, da die Nachverdichtung sowohl zu den Fragen der Klimaanpassung als auch der Lebensqualität, beispielsweise die Nutzung von grünen Erholungsflächen, im Widerspruch steht. Schwierig wird es bei uns für die Mobilität, insbesondere der Kfz-Nutzung. Auf Dauer ist eine kostenfreie Nutzung des öffentlichen Raumes als Parkfläche aus unserer Sicht ein Widerspruch zu einer lebenswerten Gestaltung der Stadt. Wahrscheinlich sind die jeweiligen Ergebnisse den unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen zuzuschreiben. Positiv wiederum sehen wir, dass die Maßnahmen, wie Geschwindigkeitsreduzierung für den Autoverkehr oder Vorrangschaltung für den öffentlichen Verkehr, mehrheitlich positiv eingeschätzt werden. Alle interessanten Punkte kann ich hier nicht ansprechen. Wir nehmen die Vorlage gerne zur Kenntnis.

Stadtrat Kalmbach (FÜR): Zunächst einmal das Positive. Es wird sehr, sehr positiv von Karlsruhe bewertet, wie in unserer Stadt die Qualität ist, die Lebensqualität. Ich habe ausgerechnet, 76 Prozent sagen „sehr gut“ oder „gut“, also unglaublich gut in unserer Stadt. Es gibt nur 3 Prozent oder 4 Prozent, die sagen „eher unzufrieden“ oder „sehr unzufrieden“. Das ist eine Qualität, die wir schon haben. Also wir dürfen nicht alles wegproblematisieren, sondern müssen auch sagen, es ist gut zu leben in unserer Stadt. Es gibt Probleme, und die müssen wir sehen. Die würde ich auch benennen wie wohnen. Aber ich möchte auf zwei Dinge eingehen, die sind weniger benannt worden. Bei der Frage nach Zufriedenheit mit unterschiedlichen Bereichen in Karlsruhe, da wurde benannt die Verkehrsinfrastruktur für PKWs. An anderer Stelle wird gesagt, dass Fahrradinfrastruktur noch fehlt. Also gibt es Fifty-Fifty-Situationen, und ich empfinde, dass wir da Lösungen brauchen. Wie können wir das befrieden, Fahrradfahrer und Pkw, wie geht es miteinander in der Stadt? Also es gibt ja hier offensichtlich auch so kleine Konfrontationen. Kleiner Krieg möchte ich nicht sagen, aber es gibt Auseinandersetzungen hier. Wie kann man das zusammendenken? Wie kann man das zusammen versöhnen auch? Und wie kann man das zusammenkriegen, dass beide Gruppierungen auch besser zufrieden sind? Also über 50 Prozent der Pkw-Fahrer sind unzufrieden oder sehr unzufrieden. Das ist ein hohes Maß, das, denke ich, müssen wir uns angucken.

Das Zweite ist tatsächlich die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, das wird sehr schlecht beurteilt. Und da würde ich auch einmal sagen, unsere Finanzierungssystematik, die wird neu überarbeitet, aber die war wirklich nicht förderlich, dass freie Träger noch mehr Möglichkeiten für Kinderbetreuung bereitstellen. Wir müssen da an dieser Stelle wieder neu denken, weiterdenken und auch wirklich das attraktiv machen, dass wir mehr Betreuungsmöglichkeiten in unserer Stadt haben. Also insgesamt würde ich trotzdem sagen, sagt der Bericht, wir haben eine gute Ausgangsbasis. Wir müssen an ein paar Stellen echt hart

heran, aber ich glaube, wir dürfen auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass vieles gut ist, danke schön.

Stadtrat Dr. Noé (FDP): Vieles wurde schon erwähnt. Ich möchte aber trotzdem zwei, drei Punkte aus Sicht meiner Fraktion noch einmal darstellen. Es ist immer gut, die Bürger und die Bürgerinnen zu befragen. Es wurde den Teilnehmern auch gesagt, sie würden die Ergebnisse in ausführlicher Form bekommen. Einer der Teilnehmer hat darum gebeten, ist ganz interessiert. Es zeigt ja auch, wie interaktiv die Bürger an solchen Sachen teilnehmen. Veranstaltungen, Feste, Kultur, das sind die Sachen, die die Lebensqualität ausmachen. Die werden ganz positiv bewertet, und ich denke, es ist hier auch einmal angebracht, hier auch einmal Danke zu sagen an das Team, an die Macher, sei es das Fest, sei es die Schlossfestspiele, sei es diverse Kirchwei-, Kerwe-Veranstaltungen oder das Altstadtfest. Und mit der Ehrenamtskarte haben wir heute ja einen ersten richtigen Fingerzeig getan.

Ja, besonders kritisch werden die Felder Wohnen, Kinderbetreuung und Infrastruktur für die Pkw auch benannt. Das Megathema Wohnen überstrahlt alles, und es ist doch gut zu sehen, dass die von meiner Fraktion seit Jahren immer wieder geforderten Maßnahmen, wie die Höhenentwicklung, die Überbauung von Supermärkten und Garagenhöfen, wohl explizit in der Bevölkerung Zustimmung finden. Umso irritierender ist aber, dass große städtebauliche Projekte, und der Kollege Tröndle hat es schon angesprochen, beim TOP 16 werde ich auch noch einmal dazu sprechen, dass große städtebauliche Projekte zur Schaffung von Wohnraum einfach nicht in absehbarer Zeit realisiert werden. Das Thema Kinderbetreuung, ja, da wird viel von der Realisierung der Ganztagesgrundschule abhängen. Da arbeitet die Stadt dran, da arbeiten wir alle dran. Da setzen wir auf eine weitmögliche Wahlfreiheit, sofern diese denn organisatorisch und finanziell machbar ist. Und zuletzt das Thema Mobilität und der Individualverkehr. Hier möchte ich einmal moderierend sagen, hier wünschen wir uns smarte Lösungen, und wir wünschen uns auch auf jeden Fall Kompromisse. Wir warnen davor, das Automobil grundsätzlich zu verteufeln. Wir setzen auf Angebote wie Sharing, Quartiersgaragen und vor allen Dingen für einen guten ÖPNV, dass die Bürger auch eine Wahlfreiheit haben. So, nun sind wir gespannt, wie die vorliegenden Ergebnisse weiter einfließen und wie wir unsere Stadt weiter gestalten.

Der Vorsitzende: Vielen Dank. Ich finde gerade, dass Sie sich jetzt am Thema Mobilität auch so aufhalten, wo ja auch durchaus die Auskünfte der Bürger nicht immer in dieselbe Richtung zeigen und mir das doch aus vorherigen Debatten hier im Gemeinderat sehr bekannt vorkommt, ist ja noch einmal eine schöne Bestätigung dafür, dass die ganze Kontrollversität in der Bürgerschaft auch hier im Gemeinderat angekommen ist. Das ist ja erst einmal für so ein parlamentarisches Gremium eine gute Feststellung.

Das Zweite, worauf ich noch darauf hinweisen möchte, ist die für mich außerordentlich hohe Bereitschaft der Menschen, sich einzubringen in das Stadtentwicklungskonzept, und zwar selbst von den Gruppen, die wir normalerweise nicht so einfach erreichen. Bei solchen Mitbeteiligungsangeboten ist auch eine über 70-prozentige Bereitschaft festzustellen. Und wir müssen jetzt den Job machen, dass wir die auch alle irgendwie einbezogen kriegen. Ich glaube, das ist noch einmal etwas, wo wir jetzt noch mehr Lust kriegen, weil wir wissen, die andere Seite ist breit, und wir sollten dieses Angebot nutzen. Dass wir natürlich als Stadtverwaltung mit der außerordentlich großen Zufriedenheit mit vielen Bereichen in Karlsruhe auch sehr zufrieden sind, brauche ich natürlich eigentlich nicht extra erwähnen.

Wir kommen damit zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine Zustimmung mit großer Mehrheit.

Wir machen jetzt die Pause und nach der Pause wird die Erste Bürgermeisterin die Sitzungsleitung übernehmen. Pause bis kurz nach 18:00 Uhr, vielen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung von 17:35 Uhr bis 18:05 Uhr)

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
22. Mai 2025